



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG 29
OLDENBURG POSTFACH 2503 TELEFON 73041 TELEX-NR 25655 UNOL D. REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE
PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER NACHDRUCK NUR NACH
RUCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND
DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR
WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE
UNIVERSITÄT BISHER WIDERSSETZT.)

20. November

22/78

Krüger wurde nicht Präsident in Marburg

Professor Rainer Krüger, amtierender Rektor der Universität Oldenburg, wird nicht an die Universität Marburg wechseln. Der Konvent bestimmte nach einer Kampfabstimmung den derzeitigen Rektor der Gesamthochschule Essen, Professor Walter Kröll, zum neuen Präsidenten der Universität Marburg. Kröll konnte exakt die für seine Wahl notwendigen 41 Stimmen auf sich vereinigen, Krüger erhielt 35. Fünf Konventsmitglieder enthielten sich der Stim-

men bzw. gaben ungültige Stimmzettel ab. Krügers Wahl scheiterte vor allem deswegen, weil sich ein Teil der sozialdemokratischen Hochschullehrer hinter den Wahlvorschlag der Konservativen und der CDU gestellt hatte und damit der Position des rechten Flügels der Marburger SPD um den ehemaligen Bundesjustizminister Gerhard Jahn entsprach. Dagegen votierten die Liberalen, wie zunächst angenommen, nicht einheitlich.

Monokratisch amtierender Präsident oder Präsidium?

Uni will Präsidentenstelle bald ausschreiben

Noch im Dezember wird voraussichtlich die Universität Oldenburg die Stelle des Präsidenten ausschreiben. Eine entsprechende Empfehlung gab das Konzil dem kommissarischen Rektor, der zur Zeit die Aufgaben des Präsidenten wahrnimmt. Abgewartet werden soll aber in jedem Fall, ob die von der CDU-Fraktion eingebrachte Novellierung des NHG, die eine Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten und eine Änderung der Paritäten im Konzil zugunsten der Hochschullehrer vorsieht, voraussichtlich Ende November den Landtag passiert.

Das Konzil machte klar, daß ihm an einer relativ raschen Wahl des Präsidenten gelegen ist. Dies wohl nicht zuletzt deshalb, um eine gewählte Hochschulleitung zu haben. Dennoch ist kaum damit zu rechnen, daß die Wahl vor Mitte April stattfinden kann, da zunächst ein neues Konzil Ende Januar bestimmt werden muß.

Noch vor der Wahl des Präsidenten und auch der Vizepräsidenten wird das Konzil zudem eine außerordentlich schwierige Frage zu entscheiden haben - nämlich ob der künftige Leiter der Hochschule „monokratisch amtierend“ oder aber in ein Präsidium eingebunden werden soll, das seine Entscheidung mehrheitlich trifft. Das Präsidium würde sich aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und dem Kanzler mit beratender Stimme zusammensetzen.

Offensichtlich hat bisher keine relevante hochschulpolitische Gruppe eine klare Position dazu. Kein Wunder: denn welche Alternative auch immer gewählt wird, sie ist nicht ohne Problematik.

Auf den ersten Blick scheint klar, daß sich eine trotz der rigiden Bestimmungen des NHG demokratischen Prinzipien verpflichtete fühlende Universität für ein Präsidium aussprechen sollte, in dem sich die erheblichen Entscheidungskompetenzen eines monokratisch amtierenden Präsidenten immerhin auf vier Personen verteilen würden. Der Präsident wäre außerdem zur Teamarbeit gezwungen.

Jedoch befürchten offensichtlich nicht wenige Hochschulangehörige, daß dann die wichtigsten hochschulpolitischen Kontroversen schon in der Leitung ausgetragen und entschieden werden, bevor sich der Senat als wichtigstes Kontroll- und Entscheidungsgremium adäquat einschalten kann. Denn sicher ist damit zu rechnen, daß sich die stärksten hochschulpolitischen Gruppierungen bei der Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten arrangieren werden, um mit einem Vertreter oder zumindest akzeptierten Kandidaten in der Hochschulleitung präsent zu sein. Somit könnten sich die Entscheidungsmechanismen mehr und mehr in die wichtigsten hochschulpolitischen Gruppierungen verlagern, was den Senat zu einer vorprogrammierten Abstimmungsmaschine degradieren würde, in dem kleine Gruppierungen kaum noch eine Chance hätten. Wie dem auch immer sei, die Ausschreibung, sollte sie, wie vorgesehen, im Dezember herausgehen, wird die Frage, wie künftig die Hochschulleitung arbeiten wird, offen lassen müssen, denn das jetzige Konzil darf dieses Problem nicht mehr entscheiden.

Gespräch mit CDU-Abgeordneten

Am heutigen Montag fand auf Einladung der Universität ein Informationsgespräch mit den CDU-Landtagsabgeordneten des Nordwestraumes, Josef Dierkes, Manfred Hünken, Hans Janßen, Andreas Luiken und Dr. Heinrich Niewerth, in der Universität Oldenburg statt. Dabei wurden alle wichtigen Probleme der Universität - besonders Fragen ihres weiteren Ausbaues - behandelt. Gegenstand des Gesprächs waren auch die aufgetretenen politischen Meinungsverschiedenheiten.

Die Teilnehmer beider Seiten stimmten darin überein, daß weitere Gespräche folgen sollten, da sich gezeigt habe, daß sie zu einem besseren wechselseitigen Verständnis beitragen. Weitgehende Übereinstimmung wurde über die Notwendigkeit des Ausbaues der vorhandenen Studiengänge und Vervollständigung des Angebots der Universität durch neue Studiengänge erreicht. Die Landtagsabgeordneten sagten der Universität entsprechende Unterstützung zu.

Weitere Bauverzögerung

Um mindestens ein weiteres Jahr wird sich der Bau der Mensa, der Bibliothek und der Sportanlagen verzögern. Das teilte Professor Rainer Krüger am vergangenen Mittwoch auf der Sitzung des Konzils mit. Danach kann frühestens im Herbst nächsten Jahres, wahrscheinlich aber erst im Frühjahr 1980 der Grundstein für den umfangreichen Gebäudekomplex am Uhlhornsweg gelegt werden.

Prüfungsrecht für Assistenten gilt noch

Durch ein Versehen ist im Uni-Info 21/78 die Mitteilung unterblieben, daß in diesem Semester doch noch alle Assistenten, die bisher schon prüfungsberechtigt waren, weiterhin zu ELAB-Prüfungen mitwirken können. Die anderslautende Information hat sich als falsch herausgestellt. Die Universität versucht inzwischen, auch für die Zukunft das Prüfungsrecht aller Assistenten zu sichern.

Hochschulsport fordert die Errichtung einer Traglufthalle

Vom zentralen Aufgabenbereich Hochschulsport wurden in Zusammenarbeit mit der Sportwissenschaft Maßnahmen eingeleitet, die dazu beitragen sollen, daß die mittlerweile unerträglich gewordene Raumsituation im Sport kurzfristig verbessert werden kann. Gefordert wird die Anmietung einer Traglufthalle, die zwischen dem Sporttrakt und dem Sportplatz so lange aufgestellt werden soll, bis die neuen Sportanlagen fertiggestellt sind.

Seit zwei Semestern besteht an der Universität der zentrale Aufgabenbereich Hochschulsport. Seine wesentlichste Aufgabe ist es, ein möglichst vielfältiges Sportangebot zu unterbreiten, das von allen Hochschulangehörigen überwiegend kostenlos und arbeitsplatznah im Sinne einer sozialen Dienstleistung genutzt werden kann.

Derzeit werden über 30 Sportarten angeboten. Dazu gehören traditionelle Angebote wie Fußball, Handball, Volleyball, Schwimmen usw., aber auch Aikido, Skateboardfahren, Eislaufen.

Die durch die Teilnehmerstatistik ausgewiesenen etwa 2.000 Teilnehmer pro Woche zeigen, daß das Angebot in der Universität angenommen wird. Das wachsende Interesse von Nichthochschulangehörigen die zur Zeit etwa 30 Prozent der Teilnehmer stellen, zeigt, daß die Wirkung des Hochschulsports nicht nur auf die Universität begrenzt ist. Dadurch wird ein Beitrag zur Verflechtung von Universität und Bevölkerung geleistet.

Der Umfang und die großen Teilnehmerzahlen sollten aber nicht über die großen Schwierigkeiten hinwegtäuschen, vor denen der Hochschulsport heute steht. Über 60 Helfer, Übungsleiter, Betreuer usw. arbeiten überwiegend unentgeltlich. Dieser großen Zahl von Helfern steht lediglich eine Hilfskraftstelle gegenüber, über die der Hochschulsport derzeit verfügt. 85 Sportstunden pro Woche können nicht angeleitet oder beaufsichtigt werden. Diese Veranstaltungen müssen die Teilnehmer nach dem Prinzip der Selbstorganisation durchführen. Obwohl dieses Prinzip von der Konzeption des Hochschulsports her durchaus erwünscht ist und sicherlich zum Abbau einer passiven Sportkonsumentenhaltung beiträgt, ergeben sich durchaus auch versicherungsrechtliche Probleme, die teilweise deshalb noch nicht so stark hervortreten, weil sich relativ wenige Sportunfälle ereignen.

Gravierender als der Mangel an bezahlten Übungsleitern sind die fehlenden Sportanlagen. Einzelne Veranstaltungen sind teilweise so überfüllt, daß der zeitliche Umfang des Sitzens am Spielfeldrand wie z.B. im Volleyball, Basketball, Handball größer ist als der zeitliche Umfang des Spielens. Bei der Skigymnastik hat jeder Teilnehmer eine Fläche von ca. einem Quadratmeter zur Verfügung, auf der er sich bewegen kann. In Veranstaltungen wie z.B. Kinderschwimmen, Reiten oder Skikursen mußten An-

meldungsverfahren eingerichtet werden, da der Andrang in diesen Sportarten die vorhandenen Plätze teilweise um ein Mehrfaches übersteigt.

Die Überfüllungen sind auf die Raumsituation des Hochschulsports zurückzuführen. Die Ausweitung der Sportwissenschaft hat bei gleichbleibenden Sportanlagen zu einer ständigen Kürzung der Angebote des Hochschulsports geführt. Viele Sportgruppen oder Wünsche von Bediensteten können nicht berücksichtigt werden. Verhandlungen mit der Stadt und einzelnen Sportvereinen ergaben, daß eine kurzfristige Anmietung von Sporthallen nicht möglich ist. Durch den sich verzögernden Ausbau der Universität ist zu erwarten, daß der Hochschulsport in den kommenden Semestern existentiell gefährdet ist, wenn es nicht gelingt, eine Verbesserung der Raumsituation zu bewirken. Denn neue besetzte Stellen werden schon im Sommersemester 79 dazu führen, daß in den vorhandenen Sportanlagen nicht einmal mehr die Lehrangebote vom Sport durchführbar sind. Dem Hochschulsport dürfte dann so gut wie keine Zeit mehr zur Verfügung stehen.

Als realistische Lösung dieses Problems wird die Anmietung einer Traglufthalle gesehen. Die Mietkosten liegen zwischen 1.700 und 2.300 Mark pro Monate - je nachdem, welche Größe die Halle haben soll.

Christian Wopp

„Beklagenswerter Zustand“: 20.000 Kurzzzeitlehrer

20.000 Lehrer in zum Teil befristeter Kurzarbeit sind, so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, auf dem Deutschen Junglehrertag in Würzburg, „ein beklagenswerter Zustand.“ Auch mit der Lehrerarbeitslosigkeit selbst ging Engholm ins Gericht: 7.000 bis 8.000 unbeschäftigte Lehrer sind „schwer erträglich“.

Gleichwohl entsprächen diese Zahlen noch nicht den erwarteten schlimmen Befürchtungen, wie sie sich aus der Bedarfsprognose der Kultusministerkonferenz im Jahre 1975 angekündigt hätten. Auch ein Lehrerüberschuß von 100.000 Lehrern für das Jahr 1985, den die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung errechnet hatte, sei nicht mehr zu erwarten, denn inzwischen hätten viele Studienanfänger nicht mehr das Lehramt angestrebt, gerade weil ein hoher Überschuß an Lehrern vorausgesagt worden sei.

Während Engholm einerseits die Kurzarbeit von Lehrern verurteilt, begrüßte er jedoch andererseits die Bemühungen von Bund und Ländern, die Beschäftigung weiterer Lehrer „durch Erweiterung der freiwilligen Teilzeitbeschäftigung“ zu sichern. In Bayern hätte dazu eine repräsentative Lehrerbefragung ergeben, daß 18,1 Prozent der vollbeschäftigten Lehrer bereit seien, eine Teilzeitbeschäftigung anzunehmen. Für das

Personalrat kritisiert Mensa-Situation

Der Personalrat der Universität fordert umgehend, die unzumutbare Situation in der Mensa zu verbessern. Er hatte vorgeschlagen, zumindest kurzfristig mehr Stühle für die Eßräume bereitzustellen. Doch auch dieser Vorschlag wurde nach Auffassung des Personalrates unbefriedigend behandelt, denn noch immer liegt kein Ergebnis vor, ob Geld für diese Maßnahme vorhanden sei.

Lärmbelästigung bei Parkpaletten-Bau

Durch die sich verschlimmernde Parkplatznot wie auch durch den Lärm beim Bau der Parkpalette seien die Belange der Kollegen berührt worden - gleichwohl seien diese Probleme zuvor nicht von der Universitätsleitung mit dem Personalrat erörtert worden, teilt der Personalrat mit. Die Universitätsleitung hat inzwischen zugesichert, daß überlegt werde, wie die Lärmbelästigung besonders für die Kollegen im „Bauten G“ und im Verfügungsgebäude vermieden werden kann.

Ausstellung zu Ausbau in Wechloy

Vom 27. November bis 1. Dezember 1978 werden im AVZ, Raum 1-468, die Arbeiten des städtebaulichen Wettbewerbs für Wechloy ausgestellt. Dort soll, wie berichtet, der Hauptausbau der Universität stattfinden.

Bundesgebiet dürfe entsprechend von der Schaffung von 15.000 Lehrerstellen ausgegangen werden.

Zugleich regte Engholm an, die Angebote für musische, kreative und praktische Betätigung zu verstärken und vermehrt den ganztägigen Betrieb von Grundschulen aufzunehmen.

Referendare abgelehnt Lehrer eingestellt

3.400 Bewerber um einen Ausbildungsplatz im Lehrer-Vorbereitungsdienst wurden nach Angaben des Kultusministeriums zum 1. November in Niedersachsen nicht eingestellt, 2.000 erhielten eine Zusage. Die Zurückweisungen aufgrund unzureichender Ausbildungskapazitäten betreffen nicht die Real-, Sonder- und Berufsschulen. Dagegen wurden allein im Bereich der Grund- und Hauptschulen von 3.600 Bewerbern 2.000 abgelehnt. Nach Aussagen des CDU-MdL Dr. Heinrich Niewerth, Oldenburg, beabsichtigt die Landesregierung zum Februar 1979 1.300 neue Lehrer einzustellen: 460 für Grund- und Hauptschulen sowie für Orientierungsstufen, 50 für Realschulen, 20 für Sonderschulen, 403 für Gymnasien und 406 für Berufsschulen.

Konzil für Aktionswoche

Das Konzil hat auf seiner letzten Sitzung (NHG) und des Hochschulrahmengesetzes (HRG) richten. In diesem Zusammenhang stellte das Konzil nachdrücklich fest, daß es weiterhin mit aller Deutlichkeit seine politische Ablehnung des NHG vertreten werde und sich der Umsetzung des NHG mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen werde.

NHG-Novellierung

„Pestel machte Vorschläge für Straffung des Fraktionsentwurfes“

Nachdrücklich zurückgewiesen hat der Sprecher des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, Hans-Rüdiger Hesse, die Berichterstattung im uni-Info 21/78 zur Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes. Der Artikel stütze sich auf Informationen der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ). Die Stellungnahme des Ministeriums im Wortlaut:

„Dem Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Eduard Pestel, ist bereits manches vorgeworfen worden. Über die Unhaltbarkeit der Vorwürfe soll hier nichts ausgeführt werden. Eins allerdings kann Minister Pestel nicht ange-dichtet werden, so wie es die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ fälschlicherweise getan hat: daß nämlich Pestel im Kabinett sozusagen in Front stände gegenüber den 'als liberal geltenden Kabinettsmitgliedern Kiep und Remmers'. Dieser Eindruck ist falsch und wird zurückgewiesen. Wissenschaftsminister Pestel war es, der zur Kabinettsitzung Vorschläge für die Straffung des Fraktionsentwurfes mitgebracht hatte. Damit befand er sich in Übereinstimmung mit den übrigen Kabinettsmitgliedern.

Minister Pestel hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er zu einem sachlichen Dialog über die Probleme der niedersächsischen Hochschulen bereit ist und daß er diesen Dialog von seiner liberalen Grundhaltung aus führen will. Daß die HAZ jetzt versucht, die liberale Grundhaltung des Ministers Pestel auf den Kopf zu stellen und in eine alibiberale umzuwandeln, ist nur als der Versuch eines Journalisten zu werten, Fronten dort aufzubauen, wo überhaupt keine vorhanden sind.“

Neuer Berufsberater

Neuer Hochschulkordinator und Berufsberater des Arbeitsamtes an der Universität Oldenburg ist seit diesem Wintersemester Walter Rosenbusch. Der bisherige Berufsberater, Roland Neidhardt, wurde im Rahmen einer kleinen Feierstunde vom Rektor verabschiedet. Bei der Verabschiedung dankte der Rektor Neidhardt für seine langjährige intensive Beratungstätigkeit, sein Engagement, sich für die Interessen der Hochschule einzusetzen und die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Zentralen Studienberatung. Die Sprech-

stunden der Berufsberatung sind ab sofort jeden Donnerstag von 10.00 bis 12.00 (nach Terminabsprache) oder können nach Vereinbarung auch zu einem anderen Termin durchgeführt werden.

Uni-Pressestellen schlecht ausgestattet

Die Uni-Pressestellen in Niedersachsen können ihren Aufgaben nach dem neuen Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) nicht in dem Maße erfüllen, wie es notwendig wäre, um vor der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Arbeit der Universitäten ablegen zu können. Der Arbeitskreis der Pressestellenleiter forderte deshalb jetzt in Göttingen - in Übereinstimmung mit einem Beschluß der Niedersächsischen Landesrektorenkonferenz vom Juni 1974 - die Pressestellen endlich dem Standard anderer Bundesländer anzupassen. So sind etwa die Pressestellen der Universitäten in Nordrhein-Westfalen neben dem Leiter mit einem weiteren qualifizierten Redakteur, mehreren Sekretärinnen und studentischen Hilfskräften ausgestattet.

Weiterbildungstagung für Auslandslehrer

Probleme der Kooperation zwischen deutschen Auslandsschulen und Hochschulen, der Auslandsscholararbeit in Entwicklungsländern, Aspekte des Schulbaus und der Freizeitstätten sowie Fragen studentischer Praktika an Auslandsschulen werden den thematischen Rahmen der IX. Weiterbildungstagung für Auslandslehrer am 2. und 3. Dezember 1978 bilden, die von der Arbeitsgruppe Auslandslehrer (AGAL) in der GEW der Landesverbände Niedersachsen und Bremen in Verbindung mit der Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO) an der Universität Oldenburg durchgeführt wird. Die Tagung beginnt am 2.12., 14.00 Uhr in der FO, Birkenweg 3.

Schultze vor dem Senat

Wolfgang Schultze, Vorsitzender des Kooperationsausschusses und stellvertretender DGB-Vorsitzender des Landesbezirks Niedersachsen, wird Anfang des Jahres vor dem Senat der Universität Oldenburg sprechen. Schultze will dann die Vorstellungen der Gewerkschaft zur Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern darlegen.

Sozialisation nach Oldenburger Art

Geneigter Info-Leser, leider müssen wir Dein geschätztes Auge nochmals auf uns, die „14-Psychologen“ lenken. Da haben wir uns doch erdreistet in einer „Offenen Stellungnahme“ darzulegen, warum wir uns darum bemühen werden, eine vom Fachbereichsrat I fürsorglich für uns beschlossene Studienordnung zu ändern (vgl. dazu den so erhellenden Artikel: „Harte Kontroverse um Studienordnung“, uni-info Nr. 19 u. 20/78, S. 5). Uns 14ern schien eine solche Stellungnahme notwendig, nachdem in diversen studentischen Flugblättern die große Motivdeuterei über das eigentliche Warum unserer Argumente im Fachbereichsrat I entfacht worden war. Unsere Stellungnahme war fruchtbar, sie gebär eine Fülle weiterer Flugblätter, ein Kind freilich stach ab: Ein MSB-Flugblatt rief dazu auf, dem Wirken von „14 Erpressern“ endlich Einhalt zu gebieten. Zu dieser Zeit gab es - man höre und staune - doch tatsächlich einige Lehrende des Faches Psychologie, die sich in den Oldenburger Umgangston noch nicht eingewöhnt hatten - ein echtes Sozialisationsdefizit. Sie waren betroffen. Prämisse der Betroffenheit war, daß man geneigt war, auch Äußerungen in Flugblättern des MSB ernst zu nehmen. Diesbezüglich schieden sich zwar die Geister zwischen Alteingesessenen und Neuanrücklingen, doch einigte man sich schließlich auf eine Probe zum Exempel. Durch eine allgemein gehaltene Anfrage beim Der Präsident wollte man erreichen, daß die Verrohung des Umgangsstil zwischen Angehörigen der Universität zu einem erörterungswürdigen Problem reift. Der Präsident antwortete wunschgemäß im Senat. Abgesehen von einigen formalen Einwänden gegen die Anfrage (z. B. „Wer sind denn überhaupt die anfragenden Mitarbeiter des Faches Psychologie?“) riet uns Der Präsident das Problem (falls wir darauf beharrten, es als solches zu sehen) gleichsam von Mann zu Mann (bzw. zu Frau) zu lösen.

Diesen weisen Rat konnten wir freilich nur kurz in unseren Herzen bewegen. Noch in der gleichen Senatssitzung nämlich kramte Frau Czarnecki das aktuellste Produkt aus ihrem „Sparta-Kistchen“ hervor: Und da waren sie wieder am Werke die Mächte der Finsternis, die in einem „unerhörten Erpressungsversuch“ die Studienordnung „angriffen“. Aber die Fürsten des Lichts haben den Angriff „zurückgeschlagen...“ - Wer wollte angesichts eines solchen Sieges zu diesem Zeitpunkt noch etwas sagen? Verzeih geneigter Leser, wenn wir nach diesem Bericht vom Heiligen Krieg noch etwas Irdisches anfügen: Wir 14er sind nun geläutert, wir sind jetzt einhellig überzeugt, daß unsere Betroffenheitsprämisse falsch war und ist. In diesem Sinne harren wir denn auch freudig gestimmt der Minute der Erlösung; sei unser Du 11 Uhr 11 am 11.11. in Oldenburg kannst Du ewig währen. Mit wärmsten Grüßen aus dem Reich der Unterwelt Ihr Mitglied der 14er-Bande Uwe Laucken

Termine

Donnerstag, 23.11.78, 20.00, Hörsaal B. Veranstaltung der GEW zum Thema „Gewerkschaften und Studienreform“ mit Heinz Böddener (IG Chemie), Eckehart Linne-mann (IG Chemie) und Michael Daxner (GEW Niedersachsen).

Donnerstag, 23.11.78, 18.00, VG 309. Vortrag von Dr. Werner Boldt (Dozent für Geschichte an der Universität) zum Thema „Wer verhalf Hitler zur Macht?“

Dienstag, 28.11.78, 20.00, ESG Quellenweg 55 a. Gefahren von Nuklearexporten des Westens nach Südafrika? Diskussionsabend mit Bernd W. Kubbig (Stade).

Symposion zur psychologischen Akustik

Mittwoch, 6.12.1978, 18.00 - 18.30 Uhr, Birkenweg 3. Prof. Dr. August Schick (Oldenburg) Bezugssysteme für Lautheit und deren Veränderung bei lärmgeschwächten Patienten: Eine Einführung in das Tagungsthema.

19.00-19.30 Uhr Medizinaldirektor Dr. Franke (Hannover), Die Differentialdiagnose der Lärmschädigung aus ärztlicher Sicht.

Donnerstag, 7.12.1978, 9.00 - 9.30 Uhr, Birkenweg 3. Professor Dr. Otto Heller (Würzburg), Allgemeine Gesetze der Bezugssystemforschung und deren Bedeutung für die Analyse von Lautheitsbeurteilungen.

10.00-10.30. Uhr Dipl.-Ing. Moser (Würzburg), Die Bedeutung psychischer Phänomene für die Konstruktion von Hörgeräten und Mitteln des persönlichen Schallschutzes.

11.00-11.30 Uhr Dr. Budde (Regensburg), Bedingungen der Existenz bzw. Ausbildung von Partialsystemen und deren Bedeutung für die Analyse von Lautheitsbeurteilungen.

Wahlverordnung für Hochschulen

Die Niedersächsische Hochschulwahlverordnung, die im Detail die Wahlen für das Konzil, den Senat und die Fachbereichsräte nach dem NHG regelt, ist jetzt in den amtlichen Mitteilungen 21/78 erschienen und in der Pressestelle erhältlich.

Röntgenuntersuchung für Auswärtige

Auf Bitten des AstA hat sich das Gesundheitsamt Oldenburg bereit erklärt, auch jene Studenten mit in die Röntgenreihenuntersuchung einzubeziehen, die nicht ihren ersten Wohnsitz in Oldenburg haben und sich eigentlich in ihrem Heimatort untersuchen lassen müßten. Diese Untersuchungen sollen dann laut AstA im Januar und Februar stattfinden.

Zusätzliches Angebot im Fach Germanistik

13 zusätzliche Veranstaltungen hat der Senat auf Antrag des Fachbereichsrates II für das Fach Germanistik im Wintersemester 1978/79 beim niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst beantragt, um ein Lehrangebot für alle Studenten zu sichern.

Das zusätzliche Lehrangebot, das nicht im Vorlesungsverzeichnis ausgedruckt werden konnte, bezieht sich auf die Planung und Analyse von Unterricht in den Bereichen Literatur, Sprache und Medien in allen drei Studienabschnitten. Die genauen Angaben zu Veranstaltungsthemen, zu Ort und Zeit erteilt die Geschäftsstelle des Fachbereiches II.

MdL Horst Milde gegen Benachteiligung der Uni

Horst Milde, Vorsitzender der Oldenburger SPD-Stadtratsfraktion und Mitglied des Niedersächsischen Landtages, befürchtet, daß die Universität in Oldenburg „in ihrer Wertigkeit einen der unteren Plätze in der Bundesrepublik erhält.“ Ursache dieser Entwicklung, so Milde in einer Erklärung, sei die unzulängliche Berücksichtigung der Belange des Nordwest-Raumes durch die derzeitige CDU-Regierung unter Ernst Albrecht in Hannover. U.a. sei die bauliche Erweiterung der Universität verzögert worden, der personelle Bereich stark benachteiligt und die Verstärkung des nichtwissenschaftlichen Personals im Dienstleistungsbereich „seit langem überfällig“. Ebenso verurteilt Milde die Einrichtung eines Studienganges Jura an der Universität in Osnabrück: „Diese weitere sogenannte Ausgleichsmaßnahme zugunsten von Osnabrück benachteiligt wiederum den nordwestlichen Raum um Oldenburg.“

Lehrende für Projekt gesucht

Vertreter der Gemeinde Sandkrug möchten gemeinsam mit der Universität im Rahmen eines Projekts ab Sommersemester 1979 einen Plan zur Lernhilfe (einschließlich Schularbeitenhilfe) an Schulen in der Samtgemeinde entwickeln. Angesprochen werden besonders Diplompädagogen, -psychologen, -sozialwissenschaftler und Raumplaner. Kontaktadresse: Wolfgang Hoppe, Bümmersteder Straße 7, 2904 Sandkrug, Tel.: 04481/1697.

Psycho-soziale Beratung für Studenten

Der Unterausschuß des Sozialausschusses zur Einrichtung einer psycho-sozialen Beratungsstelle bietet Studenten, die eine erste Hilfestellung bei der Lösung persönlicher Schwierigkeiten suchen, an jedem Mittwoch, 13.30 bis 17.30 im AVZ 5-442 Unterstützung an.

Personalien

Simone Behrens ist als landwirtschaftlich-technische Laborantin für die Fachrichtung Biologie in der ZETWA eingestellt worden.

Heide Bartsch, wissenschaftliche Assistentin im Fachbereich I, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Rudi Ertel, Maschinenmeister im Dezernat 4, feierte sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Frieda Gehrken ist als Angestellte im Schreibdienst in der ZETWA eingestellt worden.

Aloys von Hammel, wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich IV und bisheriger Vorsitzender des Hauptwahlausschusses, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Dr. Willi Küpper ist zum ordentlichen Professor für das Fach „Betriebswirtschaftslehre“ ernannt worden.

Heino Otte ist als wissenschaftlicher Angestellter im Dezernat 5 eingestellt worden.

Kurt Pfeuffer ist als Glasgerätetechniker in der ZETWA eingestellt worden.

Waltraut Schmitt ist als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt worden.

Achim Schönberg, wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich I, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Dr. Ulrich Schröder, bisher Akademischer Rat an der Pädagogischen Hochschule Köln, ist zum Wissenschaftlichen Rat und Professor für das Fach „Sonderpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Probleme lernbehinderter Schüler und Jugendlicher“ ernannt worden.

Herbert Schwab, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich III, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Dr. Helmut Stabenau, bisher wissenschaftlicher Assistent an der Universität Göttingen, ist zum wissenschaftlichen Rat und Professor für das Fach „Pflanzenphysiologie“ ernannt worden.

Dr. Wolfgang Stroh ist zum ordentlichen Professor für das Fach „Musikwissenschaft“ ernannt worden.

Helga Weber ist als Verwaltungsangestellte im ZpB eingestellt worden.

Hartmut Wiesner ist zum Wissenschaftlichen Assistenten für das Fach „Bildende Künste“ ernannt worden.

Dr. Axel Willig ist zum ordentlichen Professor für das Fach „Zoologie“ ernannt worden.

Dr. Jens Windelberg ist zum Akademischen Oberrat für das Fach „Regionalplanung“ ernannt worden.